Die Posener Zeitung erscheint täglich; mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7½sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 37. Mittwoch den 14. Februar. 1849.

## Inland.

H Posen, den 13. Februar. Unter dem Publikum circulirt in verschiedenen Lesarten die Nachricht von einem Vorfall, der sich am vergangenen Mittwoch in der Stadt Nakel ereignet hat. Thatsächlich gewiß ist soviel, daß ein Polenball, der dort gefeiert wurde, durch gewaltsames Eindringen von Deutschen Arbeitern aus der Zahl der berüchtigten Rehberger, die zur Zeit in jener Gegend beim Bau der Ostbahn beschäftigt sind, in schnöder Weise gestört und die ganze Gesellschaft auseinander gesprengt worden ist. Die Rehberger sollen sich auf die polenfreundliche Gesinnung berufen haben, die von ihnen zu Berlin im März v. J. an den Tag gelegt worden, zum Dank dafür Theilnahme an dem Zauberfeste verlangt, und als diese verweigert worden, die Polnischen Herren sofort exmittirt, die Damen dagegen ohne alle Façons genöthigt haben, noch einige Stunden mit ihnen zu tanzen. Die also verunglimpften Polen, heißt es ferner, hätten weder bei der städtischen Behörde, noch bei dem Militairkommando Hülfe gefunden und so wohl oder übel geschehen lassen müssen, was einmal nicht zu ändern war. — Wie viel oder wie wenig von diesen Einzelheiten wahr sein mag, müssen wir für den Augenblick noch dahingestellt sein lassen, würden jedoch eine durchaus treue und glaubhafte Darstellung jenes Vorganges um so lieber sehen, als diese Geschichte, wie sehr begreiflich, von der einen Partei zu allerhand schmählichen Verdächtigungen ausgebeutet wird, während man billig annehmen darf, daß auch in Nakel wie anderwärts das allen Staatsgenossen ohne Unterschied der Nationalität gewährleistete Vereinigungsrecht von den amtlichen Organen nöthigen Falles geschützt werden wird.

N Lissa, den 12. Febr. Zu Abgeordneten für die erste Kammer sind heut hier gewählt worden: der O.-L.-G.-Referendar Gutsbesitzer Gebel auf Opatow bei Kempen, der Oberpräsident von Schleinitz in Breslau und der General-Post-Direktor Schmükkert in Berlin.

### Wahlen für die erste Kammer.

Berlin, den 12. Februar. Heute Vormittag sind in Berlin gewählt: Im ersten Wahlbezirk: General-Steuerdirektor Kühne mit 69 von 76 Stimmen. Fabrikant Dannenberg mit 65 Stimmen. Oberst v. Griesheim mit 65 Stimmen. Im zweiten Wahlbezirk: Staatsminister Camphausen mit 48 von 52 Stimmen. Oberst v. Griesheim mit 34 Stimmen.

### Wahlen für die zweite Kammer.

#### Provinz Preußen.

Goldapp, Oletzko und ein Theil des Lyk'schen Kreises: Präsident v. Salzwedel, Rechte. Assessor Muttray, Linke. — Gumbinnen: v. Saucken-Julienfelde, Rechte. — Braunsberg: Subregens Menzel. (?) Landgeschworner Krause. (?)

Es sind jetzt noch 12 Wahlen unbekannt. Von den 338 gewählten Abgeordneten gehören 185 der konservativen und 151 der radikalen Partei an, 2 sind zweifelhaft.

Berlin, den 9. Februar. Die beiden Gebäude für die erste und zweite Kammer sind in diesen Tagen unter Dach gekommen, und heute Mittag um 12 Uhr ist dasjenige für die erste, und um 1 Uhr dasjenige für die zweite Kammer unter den üblichen Feierlichkeiten von dem Baupersonal gerichtet. Die Stimmung der Bauhandwerker und Arbeiter bei diesem Akte war eine sehr erfreuliche, und auch die Zuschauer schienen völlig von der in den gehaltenen Reden ausgesprochenen Bedeutung, welche in der Bestimmung dieser Gebäude beruht, durchdrungen. Der Baurath Bürde und der Baumeister Loose, die Leiter des Baues, haben sich ein wahrhaftes Verdienst dadurch erworben, daß sie in wenigen Wochen die beiden bedeutenden Bauten bei theilweise 18 Grad Kälte und theilweise unausgesetzt nassem Wetter so weit gefördert haben. Einen wohlthuenden Eindruck machte die Rede des Herrn Bürde, welcher den Meistern, Gesellen und Arbeitern aussprach, daß dies Resultat nur durch die große Anstrengung derselben und ihre vollkommene Eintracht zu erreichen gewesen. Bei der Feierlichkeit waren unter andern der Unter-Staats-Sekretair des Ministeriums für Gewerbe ꝛc., v. Pommer-Esche, der mit der Bearbeitung dieser Bausache beauftragte Geh. Ober-Regierungs-Rath Mätzke und der Geh. Ober-Bau-Rath Busse zugegen.

R Berlin, den 11. Febr. Der leidige Mangel an Originalität und die damit verbundene Nachahmungssucht liefert jetzt als neues Produkt Banquette nach Art der Französischen Reformbanquette des Februar vorigen Jahres. Die demokratisch gesinnten Wahlmänner zweiter Kammer wollen am 22. Februar (Jahrestag des großen Reformbanquets in Paris) ein solches Gastmahl in dem bekannten Krollschen Hause anstellen. Der Zweck ist nähere Verbrüderung. Zur Theilnahme sollen, so weit der Raum es gestattet, auch Urwähler zugelassen werden. Es dürfte indeß die Theilnahme der Wahlmänner selbst ziemlich gering ausfallen, da der Preis von einem Thaler viel zu hoch ist, zumal eine große Anzahl von Gesellen aus den Schneider-, Schuhmacher-, Tischler-, Weber und anderen Gewerken zu den Wahlmännern zählen. Diese Gastmähler verfolgen auch gar nicht einen so großartigen und bestimmten Zweck, als damals die Französischen, und so werden sie wohl sehr bald als bedeutungslose Copie vergessen sein. — Unsere Bürgerwehr soll jetzt wieder ins Leben gerufen werden. Die neu angefertigten Urlisten zeigen für Berlin eine Mannschaft von 80,000 Mann auf. Diese Zahl ist viel zu groß, als daß sie sämmtlich unter die Waffen gerufen werden sollte. Theils würde es an Waffen fehlen, theils würde es die Kräfte der Bewohner übermäßig in Anspruch nehmen und dann dürfte eine so große Anzahl bewaffneter Bürger auch der Regierung nicht angenehm sein. Da nun außerdem durch das Bürgerwehrgesetz eine Theilung der Mannschaft gegeben ist in Dienstthuende und in Hülfswehr, so soll sich das stehende Corps auf höchstens 20,000 Mann belaufen. In die Hülfswehr werden wahrscheinlich die Beamten fast sämmtlich aufgenommen werden, da es schon ein einfaches Exempel der Staatsökonomie ist, kostbare Kräfte nicht zu vergeuden, wo mit minder kostbaren auszureichen ist. Nun wird aber kein Besonnener behaupten wollen, daß in ruhigen, gefahrlosen Zeiten der Richter, der Geheimrath, der Arzt, der Lehrer, wie jeder andere mit dem Geiste arbeitende Staatsbürger dem Staate gleiche Dienste, wenn er seinem Berufe nachgeht oder wenn er statt dessen die edle Zeit im Nichtsthun auf der Bürgerwache zubringt. Für die Zeit wirklicher Gefahr stellen sich alle Verhältnisse anders, da ist der Gesichtspunkt, diese Gefahr mit allen Mitteln abzuwenden, der allein maaßgebende. — Der Belagerungszustand wird wahrscheinlich erst am 23. März aufgehoben werden, damit sowohl die Tage des 18. und 19. März, als auch der Jahrestag der Bestattung (den 22sten) ohne Demonstrationen vorübergehen. Uebrigens mehren sich die Truppen wieder sehr stark in unserer Stadt, zur Zeit der Urwahlen waren sehr viele Regimenter in ihre früheren Garnisonen zurückmarschirt.

PC Berlin, den 12. Febr. Die Unsitte, Soldaten und namentlich Offiziere auf der Straße, besonders Abends anzurennen und Insulte gegen sie zu versuchen, nimmt in auffallender Weise zu. Dieselben Persönlichkeiten, wenn sie im Civil ausgingen, hatten dergleichen Ungezogenheiten nicht zu beklagen. Also die Uniform ist die Zielscheibe. Es ist jetzt so allgemeine Beschwerde, daß man wider Willen darauf verfallen muß, diese Bubenstreiche seien verabredet. Der Taktik einer gewissen Partei ist nichts zu niedrig.

Berlin, den 12. Febr. Daß es mit den Erfolgen des Oesterreichischen Heeres gegen Ungarn so gar nicht glänzend stehe, trotz allen Siegesbülletins, konnte auch der Laie diesen entnehmen und jeder Militair wird es aus diesen offiziellen Berichten schlagend und unwiderleglich darlegen können. Bringt man dazu die Lage der Dinge in Italien in Anschlag, so wie die Stellung, die nach neueren Nachrichten Oesterreich Deutschland gegenüber einzunehmen gedenkt, wo sogar schon von einem Observationsheer am Inn gesprochen wird, so wird man es ganz natürlich finden, daß sich das Olmützer Ministerium noch zu rechter Zeit aus der Ungarischen Verlegenheit ziehen und mit den Rebellen unterhandeln will. Man schreibt uns aus Wien: Die wichtigste Thatsache ist die Allianz der Minister mit den Ungarischen Magnaten und der wahrscheinlich bevorstehende Versuch, das verstorbene Reich des heiligen Stephan wieder aus dem Kothe hervorzuziehen mit größtmöglichster Inkonsequenz. Dann dürfte die getreue serbische Nation sich nächstens zur Abwechslung einmal wieder auf dem Standpunkt von Rebellen und Räubern befinden, und was der Banus thun wird. — Dio sà. — Man täuscht sich, wenn man dem Ministerium staatsmännische Gedanken zuschreibt, es ist nichts als eine Allianz von Aristokratie und Büreaukratie, um so viel wie möglich aus dem Schiffbruch zu retten, und aller Orter tauchen die analogen Bestrebungen auf. (D. R.)

Der Redakteur en chef der Vossischen Zeitung, Herr Justizrath Lessing, wird vor dem hiesigen Stadtgericht erscheinen; er ist wegen Verbreitung der ominösen „Enthüllungen" verklagt. Ein Rechtsgelehrter hat sich den Spaß gemacht, zu berechnen, daß wenn jeder einzelne in den Enthüllungen Beschuldigte Herrn Lessing verklagt und darauf besteht, das betreffende Erkenntniß in allen Zeitungen, die über die Enthüllungen gesprochen, publicirt zu sehen, Herr Lessing mehr als 6000 Thlr. einbüßen würde. — Nach einer ähnlichen Berechnung würden auch der Neuen Preußischen Zeitung, wenn sie wegen ihrer neulichen Injurien gegen 123 Wahlmänner zur Verantwortung gezogen würde, circa 5000 Thlr. Kosten verursacht werden.

— Die optischen Telegraphen haben nunmehr ihre Rolle ausgespielt. Die bisher dafür aufgewendeten Kosten mit jährlich 52,800 Thaler, so wie das betreffende Beamten-Personal werden zur Einrichtung und Verwaltung der elektro-magnetischen Telegraphen verwendet werden. Vorläufig ist die Anlage von drei Linien dieser Art beschlossen worden, nämlich von Berlin über Breslau nach Oderberg (zur Verbindung mit Wien), von Berlin nach Hamburg und von Berlin nach Stettin. Außerdem ist eine solche Linie von Berlin über Köthen, Halle, Eisenach und Kassel nach Frankfurt a. M. bereits eingerichtet, die Stationen auch schon mit dem erforderlichen Personal besetzt, so daß die Benutzung in einigen Tagen erfolgen kann. Die obere Leitung des ganzen Instituts wird dem Post-Departement übertragen werden, dessen Ressort seine Bestimmung und Verwaltung auch am mehrsten berührt. In Folge dieser Einrichtung, — welche in Nord-Amerika bereits seit langer Zeit in sehr ausgedehnter Weise zur Benutzung des Publikums besteht, bedarf die Regierung nur weniger Minuten zu Mittheilungen zwischen den genannten Orten.

— Die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft ist in Folge des neuen Wechselrechts eifrig mit den Vorbereitungs-Arbeiten zur Emission von Papiergeld beschäftigt. Nach der bisherigen Gesetzgebung war den Aktien-Gesellschaften die Wechselfähigkeit nicht beigelegt. Das jetzt in Kraft getretene neue deutsche Wechselrecht bestimmt jedoch §. 1., daß jeder wechselfähig ist, der rechtsgültige Verträge schließen darf, und somit sind die früheren Hindernisse, Solawechsel in Form von Papiergeld auszugeben, gehoben. Um einer Ueberschwemmung mit solchem papiernen Zahlungsmittel vorzubeugen, wäre es dringend wünschenswerth, die desfallsigen gesetzlichen Bestimmungen, namentlich die letzten Zeilen von §. 1. des Gesetzes vom 17ten Juni 1833, aufzuheben, weil hiernach und in Verbindung mit § 1. des neuen Wechselrechts jeder Dispositionsfähige das Recht hat, Papiergeld zu kreiren.

— Das Staats-Ministerium soll auf Antrag des Kriegsministers beschlossen haben, den Kampf der Truppen im Großherzogthum Posen, rücksichtlich der damit verbunden gewesenen Gefahren, Mühen und großen Anstrengungen, einem Feldzuge gleich zu achten und daher die Berechnung der Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung zu bringen.

München, den 7. Febr. (Nürnb. Kor.) Das von dem Minister des Auswärtigen in der Sitzung vom 6. Febr. verlesene Rundschreiben des Reichsministeriums an die Bevollmächtigten aller Einzelstaaten bei der Centralgewalt lautet: „Herr Bevollmächtigter! Mit dem am 26. d. M. erfolgten Schlusse der Berathungen über den dritten Abschnitt des Verfassungs-Entwurfs, welcher den Titel: „Das Reichsoberhaupt", „der Reichsrath", führt, hat die National-Versammlung die Haupttheile des Verfassungswerkes in erster Lesung beendigt. Die provisorische Centralgewalt, von deren Wirksamkeit die Errichtung dieses Verfassungswerkes ausgeschlossen ist, deren gesetzliche Aufgabe jedoch die Ausführung der in kurzem zu vollendenden Verfassung für Deutschland ist, hält es in dem gegenwärtigen vorgerückten Stadium der Thätigkeit der National-Versammlung für ihre Pflicht, die Wege anzubahnen, damit gegründete Bedenken, welche auf besonderen und wesentlichen Bedürfnissen der Einzelstaaten beruhen, in Zeiten durch Vermittelung der Regierungen zur Kenntniß der Versammlung gelangen und bei der zweiten Berathung eine gerechte Erwägung finden mögen. Zu diesem Ende ersuche ich Sie, Herr Bevollmächtigter, die anliegenden in beweisender Form ausgefertigten Verfassungs-Beschlüsse erster Lesung zur amtlichen Kenntnißnahme Ihrer Regierung zu bringen und dieselbe im Namen des Reichsverwesers einzuladen, ihre Erklärung darüber in einer möglichst bestimmten Weise an Se. Kaiserl. Hoheit zu richten. Sie wollen die Aufmerksamkeit der Königlichen Regierung insbesondere darauf lenken, daß die National-Versammlung nach Beendigung weniger, nicht umfangreicher Gegenstände (wie die Entwürfe über „die Gewähr der Verfassung", ein „Wahlgesetz" u. s. w.) sehr bald zu der zweiten Lesung der eigentlichen Hauptstücke der Verfassung schreiten wird. Wenn das Reichs-Ministerium zu dem gegenwärtigen Schritte nicht schon durch den augenblicklichen Stand der Verhandlungen verpflichtet wäre, so würde ihm noch ein besonderer Anlaß dazu durch eine von der Königlich Preußischen Regierung an sämmtliche übrigen Deutschen Regierungen gerichtete Cirkularnote gegeben sein, worin die Ansichten Preußens über die Errichtung des Verfassungswerkes im Allgemeinen niedergelegt sind. Wenngleich das Reichs-Ministerium in seiner Stellung keine Veranlassung hat, auf den Inhalt dieser Note im Einzelnen einzugehen, so gereicht es ihm doch zur Genugthuung, daß der Vorschlag an die Deutschen Regierungen, ihre Erklärungen an dem Sitze der Reichs-Versammlung und der provisorischen Centralgewalt abzugeben, von Seiten der Preuß. Regierung ganz in Uebereinstimmung mit den diesseitigen Ansichten gemacht worden ist. Mit Befriedigung kann ich hinzufügen, daß auch von der Kaiserl. Oesterreichischen Regierung durch ihren Bevollmächtigten der Antrag bereits früher geschehen, einen gleichen Weg von ihrer Seite den übrigen Deutschen Regierungen zu empfehlen. Der Ernst der Zeit mahnt von allen Seiten zu entscheidenden Beschlüssen. Die Opfer, welche Deutsche Fürsten für ihre Angehörigen bringen, werden dann nicht mehr hart empfunden werden, wenn beide Theile bald in dem festeren, gemeinsamen Organ, in der Gesammtmacht der Nation einen vollen Ersatz und eine Bürgschaft der Zukunft finden. Frankfurt, den 28. Januar 1849. Der Präsident des Reichsministerrathes: H. Gagern."

**München**, den 8. Febr. (D. A. Z.) Im Beginne der heutigen Sitzung der Abgeordneten zeigte der Minister von Beisler an, daß in Folge des gestrigen Votums (Annahme von 2—5 der Adresse, Einführung der Grundrechte) das Gesammt-Ministerium dem Könige seine Entlassung eingereicht habe. Die Kammer nahm bei weiterer Berathung der Adresse den Entwurf der Majorität mit 72 gegen 62 Stimmen vollständig an. Die oben erwähnten Sätze 2—5 der Adresse lauten folgendermaßen: „Das von allen wahren Vaterlandsfreunden längst heiß ersehnte Ziel der Einigung Deutschlands auf dem Grund gleichmäßiger, wahre Volksfreiheit gewährleistender Einrichtungen in den einzelnen Staaten und einer Gesammt-Verfassung, die alle Deutschen Stämme ohne Ausnahme zu einem kräftigen, achtunggebietenden Bundesstaate unauflöslich verbinde, naht seiner Verwirklichung. Dies hohe Ziel legt allen einzelnen Staaten die Pflicht auf, sich selbst dadurch zu stärken und zu befestigen, daß sie einen Theil ihrer bisherigen Rechte und Befugnisse zur Stärkung und Macht des Gesammt-Vaterlandes aufgeben. Nur ein aufrichtiges, rückhaltloses Eingehen auf den neu erwachten Zeitgeist, welcher alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft durchdringt, nur bereitwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der konstituirenden National-Versammlung und der Centralgewalt vermag die Mittel zu gewähren, dauernde Ruhe und nachhaltigen Wohlstand dem Deutschen Volke zu sichern. Die Kammer der Abgeordneten erkennt daher auch insbesondere die Gesetzeskraft sowohl der Deutschen Grundrechte als des geringsten Maßes der Freiheiten und Rechte, die allen Deutschen ohne Ausnahme gehören, wie auch der allgemeinen Wechsel-Ordnung, und sieht der örtlichen Verkündigung derselben durch die gesetzlichen Organe entgegen."

**Kassel**, den 7. Febr. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurden folgende Anträge zu Beschlüssen erhoben: 1) die Ständeversammlung hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für dringend nothwendig, daß der Kurhessische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt über alle durch die Preußische Circularnote angeregten Fragen sofort Instruktion erhalte. 2) Sie erachtet den Titel des Reichsoberhauptes zwar für minder wichtig, würde aber mit desto größerer Freude einen Beschluß der Deutschen Nationalversammlung begrüßen, durch welchen die Erblichkeit der Oberhauptswürde ausgesprochen würde. 3) Sie hält es bei der gegenwärtigen Sachlage nicht für zweckmäßig, irgend welche Aenderung der bisher gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung zu beantragen, erachtet es aber für geboten, daß durch offene Erklärung jeder Zweifel beseitigt werde, als ob seitens der Regierung oder der Ständeversammlung Kurhessens den bisherigen Beschlüssen der Nationalversammlung über die Deutsche Verfassung die Anerkennung fehlen könne. 4) Sie beschließt endlich, diese Ansichten hoher Staatsregierung in der Hoffnung auf ein vollständiges Einverständniß mit derselben über diese Lebensfrage des großen Vaterlandes mitzutheilen.

**Frankfurt**, den 8. Februar. Ueber das Befinden des Erzherzogs Reichsverwesers ist heute folgendes Bülletin erschienen:

Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat die Nacht nicht ruhig zugebracht; heftiger Husten beunruhigte Höchstdieselben von 12 bis 2 Uhr, dann aber schlief Se Kaiserl. Hoheit durch 3 Stunden ruhig fort. Jetzt ist das Befinden beruhigender.

— In der vergangenen Nacht ist der Abgeordnete v. Würth mit der Erklärung der Oesterreichischen Regierung über die Deutsche Verfassung hier eingetroffen. Zwar herrscht noch über den eigentlichen Inhalt der Note ein tiefes Schweigen, doch wenn die Mienen der in das Geheimniß Eingeweihten den Schleier zu lüften vermögen, dürfte man annehmen, daß die überbrachte Nachricht für diejenigen, welche bisher auf den Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat oder eventuell auf ein Nichtzustandekommen des letzteren rechneten, eine keineswegs ganz erwünschte sei. Es heißt, daß das Reichsministerium noch heute Kenntniß von der Note erhalten und daß vielleicht schon in den nächsten Tagen das Publikum eine vollständige Mittheilung derselben erhalten wird.

**Frankfurt a. M**, den 8. Februar. 166ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Berathung über die noch rückständigen Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte.

Prädent Simson eröffnet $9\frac{1}{4}$ Uhr Vormittags die Sitzung. Die Verkündigung eines Flottenbeitrags von 134 Thkr. 22 Sgr. von den nicht zahlreichen deutschen Bewohnern des zum Polnischen Posen gehörenden Kreises Pleschen wird mit allgemeinem Bravo aufgenommen.

Ueber §. 21. des Entwurfs der Grundrechte verzichtet die Versammlung auf eine vorgängige Debatte. Er wird darauf in folgender Fassung zum Beschluß erhoben:

„Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertreter und an die Reichsversammlung zu wenden.

Dies Recht kann sowohl von Einzelnen, als von Mehreren in Verein ausgeübt werden."

§. 22. wird, nach vorhergegangener Debatte in der nachfolgenden neuerlich vom Verfassungs-Ausschusse modificirten Gestalt angenommen:

„Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen. — Die Verantwortlichkeit der Minister ist besonderen Bestimmungen vorbehalten."

Die Berathung wendet sich hierauf dem §. 30. zu: „Die Besteuerung (Staats- und Gemeindelasten) soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhört." Als Redner haben sich mehr als ein Dutzend Mitglieder einzeichnen lassen. Die zu dem Paragraphen gestellten Verbesserungs- und Zusatz-Anträge betreffen die mannigfaltigsten Gegenstände von der Besteuerung der fürstlichen Apanagen und Civillisten bis zum Rechte der Armen auf Unterhalt aus öffentlichen Mitteln. Der von Degenkolb für den volkswirthschaftlichen Ausschuß erstattete Bericht jedoch über die ihm übergebenen Anträge auf Bürgschaft und Schutz der Arbeit geht nicht dahin, daß ein die Arbeit verbürgender Paragraph in die Grundrechte aufgenommen werde. Er überweist vielmehr die auf Schutz der Arbeit und der Arbeiter gerichteten Eingaben dem Reichsministerium, um sie bei Entwerfung des Zolltarifs in Erwägung zu ziehen.

Nauwerck von Berlin bemerkt, daß er nicht für das berüchtigte Recht auf Arbeit, sondern nur für das Recht des Armen auf Unterhalt sprechen wolle, auf dessen Anerkenntniß er einen Antrag gestellt hat. Die unglücklichste Lage sei die der Arbeitsfähigen, aber unfreiwillig Arbeitslosen, und die Fürsorge des Staats für sie eine nothwendige Vervollständigung der Gerechtigkeit. Die Unmöglichkeit, daß jedem Arbeitbegehrenden Arbeit zugewiesen werde, ist nur da vorhanden, wo der gute Wille dazu fehlt. Wenn Sie aber sogar das Recht auf den Unterhalt verweigern, so legitimiren Sie den Hunger zum Verbrechen. Haben Sie die Todesstrafe abgeschafft, so schaffen Sie auch ab: die Lebensstrafe.

Moritz Mohl verwirft alle Zusatz-Anträge zu dem Paragraphen. Was das Recht auf Unterhalt anlangt, so dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß eine große Menge von Menschen die Arbeit eher fliehen als suchen würde, und daß wir durch seine Anerkenntniß die Gesellschaft demoralisiren würden. Ein Arbeiter gewährleistet sich die Arbeit ganz sicher selbst durch seinen Fleiß und seine Geschicklichkeit. Wohin aber die Gewährleistung der Arbeit von Seiten des Staats führt, das zeigt uns das Beispiel von Frankreich. Was wir dem Deutschen Arbeiter dagegen sichern müssen, ist die nationale Arbeit. Der Englische und Französische Arbeiter darf ihm den Lohn nicht für einen Gegenstand hinwegnehmen, der in Deutschland selbst hergestellt werden kann. Darum empfehle ich Ihnen den Mehrheits-Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses. (Allgemeiner Beifall.)

Buß aus Freiburg glaubt, die jetzt frei gewordene Kirche werde sich fortan der arbeitenden Klassen kräftig annehmen. Hauptsächlich fehle ein zweckmäßiger Volks-Unterricht, ein solcher, der den sittlichen Willen stärkt und die Arbeitsfähigkeit ausbildet. Schließlich schlägt er, weil auch in materieller Hinsicht für die Bedürftigen gesorgt werden müsse, eine Untersuchung der Verhältnisse des gesammten Deutschen Arbeiterstandes vor und daß der volkswirthschaftliche Ausschuß zu der Vorlage umfassender Plane beauftragt werde.

Eisenstuck aus Chemnitz will auch, daß der Staat die Arbeit gewährleiste; um das zu können, müsse er den Arbeitsvorrath zusammenhalten und ihn Jedermann zugänglich machten. Vor Allem sei für den Volksunterricht auch in sachlicher Hinsicht zu sorgen. Dann aber müßten die Arbeiter auch aus dem Zustande der Paria's, in dem sie sich jetzt befänden, erhoben und politisch mündig gesprochen werden. Namentlich sei ihnen das Recht des Selfgouvernements einzuräumen, damit sie sich dem Kapitale gegenüber fühlen und selbstständig auftreten lernen. In materieller Hinsicht solle der Staat das Mittel ergreifen, daß er das Kapital zu Gunsten der Arbeit besteuere; daß heißt, es müssen Anstalten getroffen werden, daß jeder Arbeitgeber nach dem Maßstabe der Arbeiter, die er beschäftigt, eine Steuer an den Staat bezahle, deren Ertrag dazu dient, hülfsbedürftig werdende Arbeiter zu versorgen. Herr Eisenstuck will daher in die Grundrechte dem Antrage Esterle's gemäß die Bestimmung aufgenommen sehen, daß ein angemessener und gerechter Schutz der Arbeit auf dem Wege der Gesetzgebung hergestellt werde. (Beifall.) Vertagung der heutigen Berathung auf die morgende Sitzung.

**Frankfurt**, den 9. Februar. Die Frankfurter Zeitung theilt den Wortlaut der Oesterreichischen Note vom 4. Februar 1849 mit. Dieselbe pocht auf das Recht Oesterreichs, in Deutschland das Principat zu führen, protestirt gegen den Gagernschen Bundesstaat und schließt mit den Worten: Gern erwarten wir, daß, wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den Deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne. Welche Phasen aber auch das Vereinbarungswerk noch durchlaufen sollte, eines steht hierorts fest, daß Se. Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung in der Begründung eines einheitlichen Central-Staates den Keim unheilvoller Spaltungen erkennen müßten, den Anlaß zur Zersplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands. Gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem anderen Deutschen Fürsten gehandhabte Central-Gewalt verwahren sich Se. Maj. der Kaiser und Allerhöchdessen Regierung auf das Feierlichste. Sie sind dies Sich, Sie sind es Oesterreich, Sie sind es Deutschland schuldig."

— Es heißt bestimmt, daß die zu den hier konzentrirten Reichstruppen gehörenden Kurhessischen Husaren, sowie die Kurhessische reitende Batterie im Anfang des nächsten Monats durch Baierische Kavallerie und Artillerie ersetzt werden, und diese Nachricht verdient besonders deshalb einer Erwähnung, weil sich an sie die fernere Mittheilung knüpft, daß jene Kurhessischen Truppen nach Schleswig-Holstein bestimmt sind. Es wäre das ein weiterer Beweis, daß man den Wiederausbruch der Feindseligkeiten jenseits der Elbe, wenn auch vielleicht nicht für wahrscheinlich, doch wenigstens für sehr möglich hält.

— §. 30 der Grundrechte hat zu einer großen Anzahl von Anträgen Veranlassung gegeben, welche die Lösung der sozialen Fragen im Auge haben: progressive Einkommensteuer, Garantie der Arbeit u. dgl., Abschaffung aller Steuern auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Ein großer Theil der Versammlung, und wohl die Mehrzahl derselben, ist jedoch gesonnen, über diese schwierigen Probleme nichts grundrechtlich festzusetzen; nicht als ob man diese Fragen für unwesentlich hielte, sondern weil es an den nöthigen Erfahrungen in den einzelnen Deutschen Staaten noch fehlt, um mit voller Bestimmtheit und Zuversicht festsetzen zu können, was dem Gesammtvaterlande frommt! Auch die Lebensfrage über Schutzzoll und Freihandel ward in der heutigen Debatte und in manchen Anträgen berührt; man wird aber wohl auch hier keinen Beschluß fassen, welcher eine unbedingte Anerkennung des einen oder des andern Systems enthielte, da sich die Ueberzeugung immer mehr verbreitet, daß die Nationalversammlung in ihrer dermaligen Session nicht dazu berufen sei, die zoll- und handelspolitischen Fragen zu erledigen, sondern daß dieses vielmehr dem spätern Reichstag zu überlassen sei, in dessen Staatenhaus auch die Partikularinteressen der Einzelstaaten ihre wohlberechtigte Vertretung finden werden. Man wird alle Anträge, alles vorhandene Material was auf die handelspolitischen Fragen, auf Gewerbe-, Heimaths- und Ansässigmachungsverhältnisse sich bezieht, füglich dem Handelsministerium überweisen können, um auf Grund dessen, so wie anderer Erfahrungen, Vorlagen für den spätern Reichstag auszuarbeiten. Bei dieser Lage der Dinge ist die in Süddeutschland und namentlich in Altbaiern weitverbreitete Furcht, es möchte die Nat.-Vers. Gewerbefreiheit und Beseitigung aller Schutzzölle dekretiren, eine höchst überflüssige und es hat hier sehr befremdet, daß die von drei Mitgliedern des volkswirthschaftlichen Ausschusses entworfene Gewerbeordnung in München vielfach verbreitet und als Ansicht der Nationalversammlung ausgegeben wurde, während dieser Entwurf noch nicht einmal den Reichstagsmitgliedern mitgetheilt worden ist.

— Wie man vernimmt, wird der Prinz Adalbert v. Preußen in nächster Woche, nach mehrmonatlicher Anwesenheit dahier, nach Berlin zurückkehren und der Reichshandelsminister Duckwitz, in seiner Eigenschaft als Vorstand des Marinedepartements, morgen dem Prinzen zu Ehren ein großes Diner veranstalten. Daraus dürfte man schon abnehmen, daß die Gerüchte von einem verschlimmerten Zustande des Erzherzogs-Reichsverwesers erfreulicherweise unggründet sind.

**Graz**, den 8. Februar. Ein beklagenswerther Vorfall, der sich gestern ereignete, macht hier großes Aufsetzen. Gretschnigg, der Redakteur der „Volkszeitung," hatte der „Prager Zeitung" vom 19. Jan. Auszüge aus der berüchtigten Broschüre Bakunins „Aufruf an die Slaven" entnommen, und selbe mit einer Anmerkung eingeleitet, welche wohl geeignet war, das Grelle jener Worte so viel als möglich zu paralysiren. Das Blatt wurde confiscirt. Nicht genug jedoch, daß das Gesetz sich hiedurch sein Recht zu verschaffen suchte, wurde Gretschnigg gestern Abends 7 Uhr in seinem Hause in einer entlegenen Vorstadt von einer Schaar von mehr als sechzig Soldaten von Windischgrätz Cheveauxlegers überfallen, und mit 10—12 Hieb- und Stichwunden bedeckt, zu Boden gestreckt. Die Aerzte zweifeln an seinem Aufkommen. (Lloyd.)

— Mehrere der Häupter der ungarischen Insurrection werden in der „Lemberger Ztg." mit folgenden Steckbriefen oder in der euphemistischen österreichischen Sprache: „Personsbeschreibungen" verfolgt:

Personsbeschreibung des Alex. Petöfi (des bekannten ungarischen Dichters). Alter, 36 Jahre. Geburtsort, Siebenbürgen. Stand, verheirathet. Religion, reformirt. Sprache, deutsch, ungarisch und walachisch. Beschäftigung oder Charakter, früher Dichter. Körperbau, klein, mager. Gesicht, mager. Gesichtsfarbe, brünett. Stirn, hohe. Haare, schwarz, emporstehend. Augen, schwarz. Augenbraunen, schwarz. Nase, breit. Mund, proportionirt. Zähne, gut. Kinn, etwas spitzig. Bart, Schnurrbart. Besondere Kennzeichen: Pflegt mit entblößtem Hals zu gehen. Bekleidung: Nach der deutschen Mode.

Personsbeschreibung des Rebellen-Generalen N. Bem, sonst auch der Held von Ostrolenka genannt. Alter, bei 50 Jahre. Geburtsort, unbekannt. Stand, ledig. Religion, katholisch. Sprache, polnisch, französisch, deutsch im hohen Dialekte, jedoch etwas gebrochen. Beschäftigung oder Charakter, früher k. k. Officier, jetzt General der Insurrection in Ungarn und Siebenbürgen. Körperbau, etwas groß, mager. Gesicht, langes, mit stark hervorragenden Backen. Gesichtsfarbe, gelblich, abgelebt. Stirn, schmal. Haare, grau. Augen, grau. Augenbraunen, mittelgroß. Nase, platt. Mund, breit mit aufgeworfenen Lippen. Zähne, oberen gut, unteren sehr beschädigt. Kinn, breit. Bart, breiten, kurzen Schnurrbart. Besondere Kennzeichen: Auf der linken Wange hat er eine Blessur, die er in Pesth durch einen Schuß erhalten; auf dem rechten Fuße ein wenig durch die in Wien erhaltene Blessur hinkend.

Personsbeschreibung des Grafen Casimir Bathianyi. Alter, 35—36 Jahre. Geburtsort, unbekannt in Ungarn. Stand, verheirathet. Religion, reformirt. Sprache, deutsch, französisch, ungarisch und englisch. Beschäftigung oder Charakter zuletzt Commandant der Festung Essegg. Körperbau, schlank und stark dabei. Gesicht, rundes. Gesichtsfarbe, brünett. Stirn, offene, hohe. Haare, schwarz. Augen, schwärzlich, groß. Augenbraunen, starke, schwarze. Nase, stark, etwas gespitzt. Mund, regelmäßig. Zähne gut. Kinn, spitziges. Bart, Schnurr- und Backenbart. Besondere Kennzeichen: Sanften Blick. Bekleidung: Sehr elegant.

**Pesth**, 5. Februar. Bei Abgang des Zuges von Szolnok gestern Mittag 1 Uhr vernahm man in der Gegend von Szibakhaza, unterhalb Szolnok an der Theiß, eine heftige Kanonade, man vermuthet, daß die k. k Truppen das versprengte Perczelsche Corps hier erreicht haben. Hier heißt es allgemein, daß die ganze hiesige Besatzung uns verlassen werde und in der Gegend von Debreczin alle disponiblen Truppen zu einem entscheidenden Hauptschlag concentrirt werden sollen. Der Insurgentengeneral Bem soll in Siebenbürgen vom General Puchner total geschlagen worden sein.

— In Debreczin herrscht eine ungeheure Theuerung, was kein Wunder, wenn man die fabelhafte Menge des Papiergeldes berücksichtigt. Die Menge desselben mag dort schauderhaft sein; denn nicht nur die 20,000 Bogen 5 Fl. und 100 Fl. Noten sind schon ausgegangen; sondern man druckt 30 Kreuzer-Noten auf grobem Papier, und wird Noten von höherem Werthe wieder drucken, sobald man „in den Gewölben von Debreczin und Großwardein" ein feineres Papier dazu wird auftreiben können. — Perczels Abdankung glich mehr einem Fortgejagtwerden. Dembitzki erschien nämlich bei ihm mit einem Befehl aus Debreczin, ihm die Führung von 5000 Mann zu übergeben. Voll Zorn über diese unerwartete Anordnung dankte Perczel ab, und als aus Debreczin ein neuer Befehl anlangte, daß Dembinski das ganze Commando übernehme und dieser die Uebergabe der Schriften und Kassen verlangte, sagte Perczel: dort ist Alles, was da ist — warf sich auf sein Pferd, Roß und Reiter sah man niemals wieder.

Innsbruck, den 30. Jan. In der Lebensweise der Innsbrucker hat sich der neue Umschwung der politischen Verhältnisse bereits fühlbar gemacht. Das Alte ist verschwunden und das Neue hat noch nicht festen Boden gewonnen. So haben die wissenschaftlichen Vorlesungen im Ferdinandeum, welche seit einigen Jahren allgemeine Ansprache fanden, gerade heuer aufgehört, obschon man glauben sollte, daß sie gerade nun, wo das freie Wort ertönen darf, von doppeltem Interesse sein würden. Unsere Universität ist dafür belebter als je, und man sieht viele schmucke jugendliche Gestalten mit den Deutschen Bändern geziert, unsere Straßen beleben. Ihre Aufführung ist tadellos und sie bilden unter sich verschiedene Gesellschaften, welche sich manchmal zu großen Commersen vereinigen. Auch Schlittenpartien, bei welchen der Pedell in Uniform mit der Trompete voranfuhr, wurden gegeben und der gute Alte soll ganz glücklich gewesen sein, wieder solche burschenhafte Aufzüge in Innsbruck erlebt zu haben. Die Vorlesungen des Professor Waser über öffentliches Verfahren finden auch bei Nichtstudenten vielen Anklang. Die Auflösung der Stundentenlegion wurde nicht veröffentlicht, da dieselbe factisch schon früher geschehen war, indem die Studenten ihre Waffen zur Armirung der heurigen Rekruten abgeliefert haben.

(Lloyd.)

# Ausland.

## Frankreich.

Paris, den 8. Febr. Nationalversammlung. Sitzung vom 7. Februar. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Marrast. Das Protokoll wird vorgelesen. Combarel überreicht eine Petition mit 35,000 Unterschriften aus dem Puy de Dôme-Departement für sofortige Auflösung. (Oh! Oh!) Denjoy folgt mit einem ganzen Stoß Bittschriften in demselben Sinne. König (Elsaß) und Flocon (Seine) überreichen eine eben solche Menge Gegen-Petitionen. Man schreitet zur Tagesordnung, nämlich Fortsetzung der Rateau-Lanjuinais-Debatte. Da die allgemeine Diskussion gestern schon als geschlossen betrachtet wurde, so wird gleich Artikel 1. zur Abstimmung gebracht. Sein erster Satz lautet bekanntlich: „Die Nationalversammlung beginnt unverzüglich die erste Debatte über das Wahlgesetz.“ Dieser Satz wird angenommen. Souteyra verlangt die Unterdrückung des Nachsatzes: „Die zweite und dritte Debatte folgen in fünftägigen Zwischenräumen laut Reglement.“ Dieses Verlangen wird verworfen, und der Nachsatz bleibt. Die Versammlung geht zu Art. 2. über: „Unmittelbar nach Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes sind die Wahllisten zu entwerfen. Die Wahlen selbst finden am ersten Sonntage nach dem Listenschluß statt. Zehn Tage nach dem allgemeinen Wahltage tritt die legislative Kammer zusammen.“ Senard trägt darauf an, dies dahin zu ändern: „Zwanzig Tage nach Promulgirung des gegenwärtigen Gesetzes wird ein Spezial-Dekret den Tag des Wahllistenschlusses bestimmen und die Wahlbezirke für den ersten Sonntag nach dem Listenschluß zusammenrufen.“ Senard begründet diese Aenderung und hebt hervor: daß man von Paris bis Toulon z. B. 9 Tage Zeit brauche, um hin und zurück schreiben zu können. Er basirt also seinen Antrag auf topographische Nothwendigkeiten und spricht aus Erfahrung. Dupont (Bussac) besteigt die Tribüne. Sein Erscheinen rief eine Demonstration von Seiten der Rechten hervor. Die Mitglieder derselben entfernten sich aus dem Saale und die Sitzung blieb faktisch suspendirt. Marrast aber ließ den Redner nicht abtreten und nöthigte dadurch die Rechte, ihre Plätze wieder einzunehmen. „Ich beabsichtige keineswegs“, begann Dupont endlich unter großer Aufregung, „die allgemeine Debatte wieder aufzunehmen. Ich lege nur der Versammlung einen Antrag vor, der den Lanjuinaisschen und Senardschen vernichtet. (Lärm.) Ich trage darauf an, daß Sie 1) das Staatsrathsgesetz, 2) die Gerichtsreform, 3) die Verantwortlichkeit des Präsidenten und 4) das Budget votiren, ehe Sie sich trennen. Ein 5ter Punkt bezieht sich auf die Wahlversammlungen.“ Die Versammlung beschließt, den Vorrang zunächst den Lanjuinaisschen Anträgen zu lassen und in der Debatte fortzufahren. Marrast bringt den ersten Satz des 2ten Artikels der Lanjuinaisschen Proposition zur Abstimmung. Derselbe wird angenommen. Artikel 2. geht mit 470 gegen 337 Stimmen durch. Artikel 3.: „Die Nationalversammlung richtet ihre Tagesordnungen so ein, daß sie außer dem Wahlgesetz auch das Staatsrathsgesetz und das Verantwortlichkeitsgesetz erledigt.“ Mit 445 gegen 373 Stimmen beschloß die Versammlung darauf, daß sie vor ihrer Auflösung noch die Gesetze über den Staatsrath, über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der Minister, endlich, insofern es die Zeit ihr gestatte, auch das Budget votiren wolle. Der Schluß der Diskussion wurde auf morgen vertagt.

— Ein Journal versichert, daß viele Repräsentanten beschlossen hätten, bei der nächsten Präsidentenwahl Lamartine an Marrast's einträgliche Stelle zu bringen. — Herr Berenger, Präsident des hohen Justizhofes zu Bourges, hat dieser Tage die in Vincennes sitzenden Maiangeklagten zum letzten Male verhört. Barbes weigerte sich, wie er der „Reforme“ schreibt, zu antworten, weil er den Gerichtshof nicht als gültig anerkennen will. — Am Montage hörte man an mehreren Punkten von Paris Vivats für Heinrich V. Die Polizei verhaftete alle betreffenden Personen, und darunter einen Exoffizier der republikanischen Garde. Auch gestern wurden mehrere Personen wegen dieser Vivatsrufe festgenommen; sie erklärten aber den Umstehenden, daß sie bloß gerufen hätten, um ins Gefängniß zu kommen, da sie ohne alle Unterhaltungsmittel seien. — Die nach Bordeaux abgegangenen Bataillone der Mobilgarde sollen einen Theil der dortigen Besatzung bilden.

Paris. National-Versammlung. Sitzung vom 8. Febr. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Marrast, nach Vorlesung des Protokolls: Wir nehmen die Rateau-Debatte da wieder auf, wo sie gestern beim Artikel 3 und dessen Amendements verlassen wurde. Artikel 3 mit seinem Anhange lautet hiernach: „Die National-Versammlung regelt ihre Tagesordnung dergestalt, daß sie außer dem Wahlgesetz, dem Staatsrath, der Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister, auch noch das Budget für 1849 vor ihrer Auflösung votirt.“ Die Deputirten De Ludre und Sauteyra machen den Vorschlag, hinzuzufügen: „und das Gesetz über die öffentliche Macht.“ Der Vorschlag wird mit 419 gegen 372 Stimmen verworfen. Senard und Dupont (Bussac) tragen darauf an, daß die Versammlung auch die Gerichtsreform hinzufüge. (Oho! Oho!) Boudet bekämpft dies, worauf die Antragsteller ihren Antrag zurückziehen. Ceyras trägt darauf an, das Gesetz über die allgemeine Assistenz (Kranken- und Almosenpflege) hinzuzufügen. Das Assistenz-Gesetz wird mit 444 gegen 309 Stimmen von der Tagesordnung gestrichen. Boubée will das Elementar-Unterrichtsgesetz hinzufügen. Jules Simon unterstützt ihn. Wird von 458 gegen 307 Stimmen verworfen. Artikel 3 wird endlich definitiv angenommen. Alem Rousseau überreicht einen Artikel 4 über die Preßverhältnisse. (Oh! Oh!) Wird verworfen und Artikel 4 (der das Dekret vom 11. Dezember aufhebt) angenommen. Um 4 Uhr wird zur Abstimmung über das Gesammtgesetz geschritten. Dasselbe wird mit 494 gegen 307 Stimmen genehmigt, es hat nun aber noch eine dritte Berathung zu bestehen.

Straßburg, 8. Febr. Die Maßregeln der Regierung sind mitunter so auffallend, daß man sich dieselben gar nicht erklären kann. So hat sie jetzt das Verwaltungs-Personal in dem Forstwesen verringert, und zwar in einem Augenblicke, wo die Waldfrevel überall an der Tagesordnung sind. Man sucht einige Tausend Franken in der Beaufsichtigung der Staatsgehölze zu ersparen, und die Landleute holen Holz nach Herzenslust, so daß denn zum Schutze der Wälder Truppen ausgeschickt werden müssen. In einigen Bezirken haben sich die Leute mit Holz auf mehrere Jahre versorgt, und selbst das aufgestellte Militär hat die Augen zugedrückt, weil es sich in keinen Bauernkrieg einlassen wollte. Wird nun noch die Wahl-Bewegung, welche bereits heimlich betrieben wird, öffentlich werden, dann haben wir uns auf neue Ausbrüche der Anarchie gefaßt zu machen. Die Bauern haben es den Städtern verheißen, daß sie dieses Mal „die Wahlen machen werden.“ Herrliche Auspicien am Ende des Jahres I. der Republik 1848!

Von der Französischen Mosel, den 7. Februar. Als Gegengewicht gegen die ultra-radikalen Klubs, die aus Frankreich, dem schönen Frankreich gar zu gerne einen revolutionären Vulkan machen möchten, ist der Plan zu einer großartigen Napoleonischen Gesellschaft entworfen worden, die sich durch Gründung von Sektionsvereinen über das gesammte Land zu verbreiten hätte. Die Organisation ist bereits fertig. In Metz existirt schon seit mehreren Tagen eine solche Napoleonische Gesellschaft, meist aus Arbeitern bestehend, mit dem ausgesprochenen Zwecke, dafür Sorge zu tragen, daß die vollziehende Gewalt bei der Familie Napoleon's bleibe. Eine Deputation der Gesellschaft hatte neulich eine Audienz bei dem Präfekten, der dieselbe wegen ihrer patriotischen Gesinnungen höchlich belobte.

## Großbritanien und Irland.

London, den 8. Februar. Gestern beschäftigte sich das Unterhaus mit dem Antrag der Regierung auf Bewilligung einer Summe zur Erleichterung der Irischen Noth. Wie der Schatzkanzler erklärte, handelte es sich hauptsächlich um die Unterstützung gewisser Armenbezirke im Westen Irlands. Im übrigen Irland sei die Noth nicht so groß, nicht größer wenigstens als im südlichen England. Er ging nun auf die Quellen der Irischen Noth ein und schrieb dieselbe hauptsächlich dem kleinen Pachtsystem zu. Uebrigens verlange er nicht mehr als 50,000 Pfund Sterling, um nicht zu große Hoffnungen in Irland zu erregen, die nicht befriedigt werden könnten. Herr Scrope meinte, die Vorschüsse sollten nur in Gestalt von Anleihen auf das steuerbare Eigenthum der betreffenden Kirchspiele gemacht, und zur produktiven Beschäftigung der Arbeitsfähigen verwendet werden, und stellte demgemäß ein Amendement. Herr Christopher wies auf die großen Summen hin, die man Irland schon bewilligt habe, und glaubte auch mit Rücksicht auf die Noth in vielen Theilen Englands die Bewilligung verweigern zu müssen. Sir J. Walsh sah in der geforderten Summe keine Aussicht auf eine wesentliche Verbesserung der Lage Irlands, noch habe man eine Garantie dafür, daß nicht in sechs Monaten neue 50,000 Pfund verlangt würden. Er sei gern bereit, jede größere Summe zu bewilligen, wenn dieselbe zur Basis eines neuen und besseren Systems gemacht würde; aber diese Summe sei nur ein Brocken, den man den Irischen Mitgliedern zur Besänftigung hinwerfe. Lord Howard unterstützt hierauf die Forderung. Er gebe zu, daß auch in England viel Noth vorhanden sei, aber sie komme doch der Irischen nicht gleich. Namentlich wies er darauf hin, mit welcher Ruhe und Resignation die Bevölkerung ihr Elend ertragen habe, während ihre Kinder Hungers starben. Wenn sie das Volk zur Verzweiflung trieben, so könnten sie leicht eine Ausgabe zu tragen haben, im Vergleich mit welcher die geforderte Summe nichts sei. Diese letztere Warnung ward von Hrn. Hume zurückgewiesen, er erinnerte daran, daß wenigstens im vorigen Jahre die Millionen, die man den Irländern bewilligt, sie nicht vom Au stande abgehalten hätten. Er bekämpfte das Princip, nach welchen diese Vorschüsse gemacht würden, und forderte die Regierung auf, endlich Maßregeln vorzulegen, welche geeignet wären, die Irischen Zustände von Grund aus zu heilen. — Die weitere Berathung des Gegenstandes wurde auf Freitag verschoben.

Die Finanzreform-Agitation fängt nun an auch unter den Pächtern Proselyten zu gewinnen. Dieselben sehen nachgerade ein, daß sie allein ihr Ziel, die Aufhebung der Malzsteuer, nicht erreichen können. In einem Meeting des Vereins zur Aufhebung der Malzsteuer in London am 7. Februar ward der Antrag sich dem Liverpooler Finanzreform-Verein anzuschließen, um durch Einschränkungen der Ausgaben auch die Aufhebung der Malzsteuer durchzusetzen, nach langem Kampfe und nach Beseitigung mehrerer Amendements, welche diese, Erweiterung der Bestrebungen des Vereins zu verhindern bezweckten zum Beschluß erhoben.

Unterhaus-Sitzung vom 8. Februar. Sir R. Inglis beantragte eine Adresse, in welcher um Vorlegung einer Abschrift der Mittheilungen des Lord-Lieutenants von Irland an den Grafen Grey in Bezug auf den Rang der als Prälaten der römisch-katholischen Kirche in Irland und in den britischen Kolonieen bezeichneten Personen ersucht werden soll, auf welche Mittheilung Graf Grey in einem Cirkular vom 20. November 1847 hingewiesen. Er wünsche, sagte der Antragsteller, zu wissen, wie der Lord-Lieutenant es rechtfertigen wolle, daß er dem Grafen Grey empfohlen, es möchte in den Kolonieen wie in Irland jenen Prälaten die Rangfolge unmittelbar nach den Prälaten gleichen Grades der Englisch-protestantischen Kirche angewiesen werden, und wie Graf Grey hierauf habe eingehen können, da dies ein neues Zwietrachts-Element in die Besitzungen Großbritaniens werfen heiße. Lord J. Russel erwiederte, der Lord-Lieutenant habe wohl, da er gefunden, daß jene Anordnung in Irland von heilsamen Folgen gewesen, dem Grafen Grey die Uebertragung derselben auch auf die Kolonieen als empfehlenswerth anheimgeben können; übrigens scheine ihm die Sache nicht von großer Wichtigkeit, da die den römisch-katholischen Bischöfen aus Höflichkeit gegebenen Titel ihnen keine Art von gesetzlicher Auszeichnung verliehen. Der Antrag wurde indeß nach einigen Debatten angenommen. Dann erfolgte die Zusammenstellung der Kommission zur Untersuchung des Irländischen Armengesetzes, und zwar auf Harry's Antrag aus 26, nicht aus 21 Mitgliedern, womit das Ministerium sich einverstanden erklärte. Dagegen wurde Grogan's Antrag, Herrn P. Scrope aus dieser Kommission auszuschließen und dafür Sir L. O'Brien in dieselbe aufzunehmen, mit 119 gegen 44 Stimmen verworfen.

— An der Börse hat die gestrige Ankündigung des Schatzkanzlers, daß 50,000 Pf. St. Alles seien, was er für jetzt an außerordentlichen Hülfsmitteln für Irland bedürfe, große Zufriedenheit erweckt, da man voraussetzt, daß die erwartete Vermehrung der Einnahmen und die beschlossene Verminderung der Ausgaben den Schatz in den Stand setzen werden, sowohl dieser, als jeder noch etwa sonst an ihn zu machenden Anforderung zu entsprechen. — Nach dem Finanzberichte für das am 5. Febr. abgelaufene Quartal betrug das Deficit des Einkommens in runder Zahl 796,000 Pf. St; dasselbe wäre weit größer, wenn nicht ein Theil der chinesischen Entschädigungsgelder in die Rechnung aufgenommen worden wäre. — In einem Schreiben, das ein achtbares Handlungshaus der City empfangen hat, wird folgende entsetzliche Metzelei erzählt, welche das californische Gold veranlaßt hat. Das Schiff Amelia segelte zum Ankaufe einer Ladung Seide in China mit Gold von San Francisco ab. Unterwegs im stillen Ocean ermordeten bei Nacht drei von der Mannschaft erst den Steuermann, dann den Capitain, den Supercargo und einen englischen Passagier, worauf sie sich des Goldes bemächtigten und der übrigen Mannschaft, die nichts von der Sache gewußt hatte, ihren Theil zukommen ließen. Kurz darauf schliefen die Mörder und nun kam der Rest der Mannschaft überein, jene zu tödten, und das Schiff seinen Eigenthümern wieder zuzustellen. Der Schiffszimmermann hieb darauf den drei Schlafenden die Köpfe ab und ihre Leichen warf man ins Meer. Das Schiff ward nach einer der Sandwichinseln gebracht und hier dem Britischen Consul übergeben.

## Spanien.

Madrid, den 31. Januar. Der Fomento von Barcelona berichtet, daß man endlich in Sabadell die letzte der Maschinen entdeckt hat, welche, sieben an der Zahl, von Madrid nach allen Gegenden Spaniens befördert worden waren, um falsches Geld zu prägen. Der von Barcelona auf die Nachricht des Vorhandenseins einer solchen Maschine in der Nähe von Barcelona designirte Commissar hatte, nach längerer Untersuchung, nichts entdecken können, dagegen gelang es einem frühern Karlistischen Häuptling, der von Cabrera zu seinen Diensten gepreßt worden war, dem Sennor C. F. de Baille, in 3 Tagen die Entdeckung zu machen. Die Maschine war von ausgesuchter Arbeit und großem Werth, und so eingerichtet, daß man gleichzeitig, Gold-, Silber und Kupfermünzen damit schlagen konnte. Sie ist nach Mataró gesandt worden.

---

# Locales ꝛc.

♁ Aus der Provinz, den 10. Februar. Ein großartigerer Wahlakt ist wohl im ganzen Staate kaum gewesen, als in Krotoschin. Bekanntlich sollten daselbst unter dem Wahl-Kommissarius Landrath v. Rödern von den Wahlmännern aus dem Kreise Fraustadt (mit Ausschluß des Bezirkes und der Stadt Storchnest) und aus dem Deutschen Theile der Kreise Kröben, Krotoschin, Adelnau und Schildberg fünf Deputirte zur II. Kammer gewählt werden. Schon am 3ten Abends waren viele Wahlmänner, namentlich aus den Städten, angekommen, und den ganzen Sonntag hindurch gingen die Vorberathungen in den verschiedenen Zirkeln und Parteien. Von den 690 Wahlmännern gehörten 372 der Deutschen und 318 der Polnischen Nationalität an, und es hätten demnach die Deutschen einen entschiedenen Sieg davon tragen müssen, wenn sie nur ihr nationales Gefühl hätten walten lassen. So aber veruneinigten sie sich, indem die Conservativen sich nicht entschließen zu können glaubten, mit den Demokraten gemeinschaftliche Sache zu machen. — Nachdem am ersten und eigentlichen Wahltage die Zeit mit Prüfung der Mandate und wegen Uebersiedelung in ein geeigneteres Lokal

(aus dem Grögerschen Saale in die Synagoge) hingebracht worden war, währte der eigentliche Wahlkampf durch drei Tage bis Abends den 8. Das Ergebniß beweist ein Mal die Uneinigkeit der Deutschen, indem trotz ihres Uebergewichtes nur drei Deutsche (Landrath Bauer, Landrath v. Rödern, Professor Olawski aus Lissa) und zwei Polen (v. Lipski und v. Wodzinski) gewählt wurden, und zweitens, daß die Demokraten gesiegt haben, da unter den Gewählten nur einer zu den Conservativen gezählt werden kann. — Gestern erst kehrten die Wahlmänner vom Kampfplatze zurück; nach ihren Schilderungen waren die Bemühungen der einzelnen Parteien zur Erreichung und Durchführung ihrer Absichten außerordentlich. Es wurden eine Menge Reden an verschiedenen Punkten gehalten und namentlich soll sich ein Dr. Born aus Kempen ausgezeichnet haben. Die unbemittelten Wahlmänner sind durch den Fürsten Hatzfeldt und auch durch Sammlungen unterstützt worden. Den Reichen hat diese Wahl freilich einen schönen Groschen gekostet und die Krotoschiner wünschen sich gewiß ein baldiges Wiederkommen. Glaubwürdige Personen versichern, daß mit Zuziehung der Fremden, die sich der Wahl wegen auch eingefunden hatten, in den fünf Tagen 15,000 Thlr. am Wahlorte verzehrt wurden. Fürst Sulkowski soll allein für Wohnung täglich 25 Thlr. bezahlt haben. — Doch haben sich auch hierbei wieder die Polen in ihrem unfreundlichen Wesen gegen die Deutschen gezeigt. Was sind da für Lügen aufgebracht worden: Ein Polnischer Wahlmann schrieb Montag Abend, daß sich die Deutschen Demokraten schon am Sonntag unter sich geprügelt hätten, und ein Theil zu den Reaktionairs übergegangen, daß Breslauer Jäger eingetroffen wären, daß man keine Polen in die Stadt habe lassen wollen u. dergl. m., woran an Allem auch nicht ein wahres Wort ist.

Was die Wahl in Pleschen betrifft, so werden die Wahlmänner wohl noch ein Mal zusammentreten müssen, da v. Cieszkowski und v. Lipski gewiß ihre Mandate in den Deutschen Theilen Samter und Krotoschin annehmen werden, in voraus versichert, daß in Pleschen doch nur wieder Polen drankommen werden. — Das Erscheinen der Wahlmänner ist noch besonders gesichert, indem jeder unbemittelte Polnische Wahlmann $2\frac{1}{2}$ Thlr. Reiseentschädigung von der Liga erhält, wie das vorige Mal.

Aus Ostrowo war kürzlich eine Deputation, an der Spitze der Landrath v. Rödern, in Berlin, da es hieß, daß sowohl das Kreislandrathsamt, als auch das Kreisgericht und Gymnasium verlegt werden sollten. Der Minister hat aber den Deputirten die erfreuliche Mittheilung gemacht, daß Alles so bleiben werde, was Ostrowo betrifft, wie es gegenwärtig ist. — Auch bei dem Prinzen von Preußen wurde der Deputation eine Audienz bewilligt.

Im Schildberger Kreise treten die Gemeinden von Neuem gegen die Lehrer auf. Sie glauben, nach §. 21. der Verf.-Urk. neben dem Rechte der freien Wahl auch das Recht der Entlassung oder Herauswerfung zu haben; wenigstens verlangen sie von dem Lehrer, er solle so 20 bis 30 Thlr. am Gehalt ablassen, indem sie angeben, daß sie einen billigern Lehrer wählen könnten. Dergleichen Unfug ist vorgekommen in Szklarka-myślniewska, Kaliszkowice-Ołobockie, Kierzno, Przybyszew, Przytocznica. Auch ist ihnen die Pensionirung ein gräulicher Gedanke.

⊙ Aus dem Pleschener Kreise, den 11. Februar. Ein bevorstehendes Duell zwischen dem ehemaligen Abgeordneten der aufgelösten Berliner Nationalversammlung von Taczanowski und dem Gutsbesitzer Kalkstein in Golochow, hiesigen Kreises, giebt allen Ständen viel zu sprechen. Es soll nämlich v. T. während der Insurrektion zu dem kommandirenden Generale von Colomb geäußert haben, daß er sich durchaus nicht mit dem Auftreten der Polen einverstanden erklären könne. Dieses Ausspruches soll nun von Colomb in einem Berichte an das Staatsministerium gedacht haben, und als nun die Nationalversammlung die Einsicht in die über die Insurrektion geführte Correspondenz erlangte, fand der Abgeordnete Lipski jenen Bericht, dessen er wieder in seiner Brochüre gedachte. — Als Kalkstein dies erfuhr, soll er sich beleidigend über v. T. geäußert haben, was Letzteren veranlaßte, Ersteren zu fordern.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Ordnung ist die Mutter der Freiheit.

Alle Mitglieder sowohl der ersten als zweiten Kammer, welche dieser Ansicht in allen ihren Consequenzen beipflichten, lade ich hiermit ergebenst ein, im Falle daß die Kammern für den 26. d. M. einberufen werden sollten, sich bereits am 23 in Berlin einzufinden, um uns darauf vorzubereiten, wie dieser oberste Grundsatz zur allgemeinen Geltung zu bringen.

Ich bitte die geehrten Herren, mir durch die Vossische oder neue Preußische Zeitung in Berlin Ihre Zustimmung zu dieser Vorberathung mitzutheilen.

Ich selbst werde am 23. um 10 Uhr des Morgens im Hotel du Nord sein, um die unmittelbaren Vorkehrungen unseres Zusammentretens besprechen zu können.

Eintracht ist Kraft.

Der Himmel segne und schütze unser theures Vaterland.

Groß-Strehlitz, den 11. Febr. 1849.

Andreas Graf Renard,
Deputirter des Groß-Strehlitzer und Lublinitzer Kreises zur zweiten Kammer.

Stadt Posener! Glaubt Ihr noch nicht an den beschränkten Unterthanenverstand? Betrachtet Eure Wahlen!!!

A. Veit.

**Marktberichte.** Posen, den 12. Februar
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 2 Rtlr. bis 2 Rthlr. 8 Sgr. 10 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. — Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, den 12. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{1}{3}$—$12\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berlin, den 12. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—60 Rtlr. Roggen loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Rtlr., p. Frühj. 82pfünd. $27\frac{1}{8}$ Rtlr. à 27 Rtlr. verk., Mai/Juni $27\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ bez., Juni/Juli $28\frac{1}{4}$ Rthlr Br., 28 G. Gerste, große loco 22 — 24 Rthlr., kleine 18—20 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—15 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $13\frac{1}{3}$ Rthlr. bez. und G. Febr. $13\frac{1}{3}$ à $13\frac{1}{4}$ Rthl. Febr./März $13\frac{1}{6}$ à 13 Rtlr. bez. u. Br. März/April 13 à $13\frac{1}{12}$ Rthlr. bez. April/Mai dto. Mai/Juni 13 Rthlr. Br., $12\frac{11}{12}$ G. Juni/Juli $12\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $12\frac{5}{6}$ bez. u. G. Juli/August $12\frac{11}{12}$ a $12\frac{5}{6}$ Rthlr. Sept/Okt. $12\frac{2}{3}$ Rtlr. Br., $12\frac{1}{2}$ bez. u. G. Leinöl loco $10\frac{1}{4}$ a 10 Rthlr., Lief p. April/Mai $10\frac{1}{4}$ a 10 Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. Febr. $14\frac{2}{3}$ Rtlr. Br., März $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br. p. Frühjahr $15\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 15 bez. u. G. Mai/Juni $15\frac{3}{4}$ à $15\frac{1}{2}$ Rthlr.

## Berliner Börse.

| Den 12. Februar 1849. | Zinsf. | Brief. | Geld. |
|---|---|---|---|
| Preussische freiw. Anleihe | 5 | — | $101\frac{1}{4}$ |
| Staats-Schuldscheine | $3\frac{1}{2}$ | $80\frac{1}{2}$ | 80 |
| Seehandlungs-Prämien-Scheine | — | — | $98\frac{1}{4}$ |
| Kur- u. Neumärkische Schuldversch. | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Berliner Stadt-Obligationen | $3\frac{1}{2}$ | $98\frac{1}{4}$ | — |
| Westpreussische Pfandbriefe | $3\frac{1}{2}$ | 85 | $84\frac{1}{2}$ |
| Grossh. Posener " | 4 | — | $96\frac{1}{4}$ |
| " " | $3\frac{1}{2}$ | $81\frac{5}{8}$ | $81\frac{1}{8}$ |
| Ostpreussische " | $3\frac{1}{2}$ | — | $90\frac{1}{4}$ |
| Pommersche " | $3\frac{1}{2}$ | $92\frac{1}{8}$ | $91\frac{5}{8}$ |
| Kur- u. Neumärk. " | $3\frac{1}{2}$ | $92\frac{1}{4}$ | $91\frac{1}{2}$ |
| Schlesische " | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| " v. Staat garant. L. B. | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Preuss. Bank-Antheil-Scheine | — | — | 90 |
| Friedrichsd'or | — | $13\frac{7}{12}$ | $13\frac{1}{12}$ |
| Andere Goldmünzen à 5 Rthlr. | — | $12\frac{11}{12}$ | [illegible] |
| Disconto | — | — | $4\frac{1}{2}$ |
| **Eisenbahn-Actien** (voll. eingez.) | | | |
| Berlin-Anhalter A. B. | 4 | — | 78 |
| " Prioritäts- | 4 | 88 | $87\frac{1}{2}$ |
| Berlin-Hamburger | 4 | 60 | — |
| " Prioritäts- | $4\frac{1}{2}$ | — | $94\frac{1}{2}$ |
| Berlin-Potsdam-Magdeb. | 4 | — | 59 |
| " " Prior. A. B. | 4 | — | $84\frac{1}{4}$ |
| " " " | 5 | 95 | $94\frac{1}{2}$ |
| Berlin-Stettiner | 4 | — | $90\frac{1}{2}$ |
| Cöln-Mindener | $3\frac{1}{2}$ | 79 | $78\frac{1}{2}$ |
| " Prioritäts- | $4\frac{1}{2}$ | — | $93\frac{1}{2}$ |
| Magdeburg-Halberstädter | 4 | 112 | $111\frac{1}{2}$ |
| Niederschles.-Märkische | $3\frac{1}{2}$ | — | $71\frac{3}{4}$ |
| " Prioritäts- | 4 | — | $86\frac{7}{8}$ |
| " " | 5 | — | 99 |
| " " III. Serie | 5 | — | $95\frac{1}{2}$ |
| Ober-Schlesische Litt. A. | $3\frac{1}{2}$ | — | $93\frac{1}{2}$ |
| " " B. | $3\frac{1}{2}$ | — | $93\frac{1}{2}$ |
| Rheinische | — | — | — |
| " Stamm-Prioritäts- | 4 | — | — |
| " Prioritäts- | 4 | — | — |
| " " v. Staat garantirt | $3\frac{1}{2}$ | — | — |
| Thüringer | $4\frac{1}{2}$ | — | $50\frac{3}{4}$ |
| Stargard-Posener | 4 | $70\frac{1}{4}$ | $71\frac{1}{4}$ |

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Das Regulativ vom 11ten Oktober 1848 wegen Erhebung der Einkommensteuer in Posen ist durch die hiesigen Deutschen und Polnischen Zeitungen am 23sten November 1848 zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Nach §. 14. dieses Regulativs kann nur innerhalb der ersten drei Monate nach der Ausschreibung über die Höhe der angesetzten Steuer schriftlich reklamirt werden und spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

Ueber dergleichen Reklamationen entscheidet nach eingeholtem Gutachten der Schätzungs-Kommission der Magistrat, gegen dessen Festsetzung innerhalb 10 Tagen von deren Bekanntmachung an, der Rekurs an die Königl. Regierung, jedoch nur dann zuläßig ist, wenn der Reklamant durch Vorlegung geeigneter Beweismittel eine gegen andere in derselben Klasse Besteuerte verhältnißmäßig zu hohe Schätzung seines Einkommens nachweisen zu können glaubt.

Bis zur definitiven Entscheidung über solche Reklamationen muß jedoch der ausgeschriebene Betrag der Steuer, vorbehaltlich späterer Ausgleichung, gezahlt werden.

Die hiesigen Einwohner machen wir namentlich auf die Schlußbestimmung dieses §. aufmerksam, mit dem Bemerken, daß auf eingegangene Reklamationen nicht immer die sofortige Vorbescheidung erfolgen kann.

Posen, den 10. Februar 1849.

Der Magistrat.

Auktion.

Im Rathhause zu Bomst sollen verschiedene gute Apothekerwaaren am 23sten Februar c. Vormittags 10 Uhr durch unsern Auktions-Commissar Inspektor Hrn. Gaffke, gegen baare Bezahlung verkauft werden. Kauflustige werden dazu eingeladen.

Wollstein, den 11. Februar 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 15. d. M. werden Vormittags 11 Uhr 55 Paar noch brauchbare Kommisschuhe auf dem Hofe des ehemaligen Katharinen-Klosters am Kämmereiplatz öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 12. Februar 1849.

Das Kommando der 1. Abtheilung 5. Artillerie-Brigade.

Am Donnerstag, den 15. Februar wird der hiesige Gesangverein im Saale der Loge den zweiten Theil des Oratoriums Elias von Mendelssohn zum Besten der Stadtarmen aufführen. Billets zu dem Subscriptionspreise von 10 Silbergroschen sind in der Mittler'schen und Scherk'schen Buchhandlung bis Donnerstag Abend 6 Uhr zu haben. An der Kasse tritt der erhöhte Preis von 15 Silbergroschen ein. Anfang 7 Uhr.

Die Direktion des Gesangvereins.

Geschäfts-Eröffnung.

**E. Busch's Bier-Halle,**

Eingang Neustädter Markt Nr. 9.

**Alleinige Niederlage ächt Stettiner Biere.**

Hiermit empfehle ich mein auf das bequemste eingerichtete Local mit Versicherung reeller und freundlicher Bedienung.

Stettiner-Bairisch. Seidel 1 Sgr. 3 pf.

Stettiner Lager-Bier Seidel 1 Sgr.

Böhmisch Bier Seidel 1 Sgr.



Frödersdorfer Doppel-Bier Seidel 2 Sgr.

Englisch Alé Seidel 3 Sgr.

Porter Seidel 4 Sgr.

Punsch. Grog.

# Nachlaß-Auktion.

Donnerstag, den 15. Februar Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Obstschen Hause Graben No. 9., mehrere Möbel, Schank-Utensilien, Wäsche, Kleidungsstücke und verschiedene andere Gegenstände öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschütz.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Vereins zur Unterbringung ihrer kranken Dienstboten werden zu einer General-Versammlung auf dem Rathhause Sonnabend den 17. Februar c. Nachmittags 4 Uhr ergebenst eingeladen.

Der Vorstand des Vereins.
Herzog Anschütz. Hirsch.

Der erste Cursus meines Stickunterrichtes für junge Mädchen in der modernen Französischen Stickerei beginnt den 1sten März. — Auch bin ich bereit, Muster zu Stickereien auf jeden Stoff aufzuzeichnen, auch selbige, besonders Namen in Wäsche, zu billigen Preisen anzufertigen.

Emma Mogilowska,
Sapiehaplatz No. 4. im Witkowskischen Hause.

Ein Lehrling findet sofort ein Unterkommen beim Gold- und Silberarbeiter C. Fiedler, Breslauerstraße No. 10.

Meine, beim Schiffbaumeister Hrn. Neumann, am Viehmarkte, noch lagernden kiefernen **Kreutzhölzer** offerire ich, um damit zu räumen, à 1 Sgr. pro Cubik-Fuß. Louis Asch, Br.-Str. Nr 18.

In dem Hause Gerber- und Büttelstraßenecke Nr. 19. ist Parterre eine Wohnung, die sich besonders zu einer Restauration eignet, vom 1sten April c. ab, so wie im 2. Stocke eine große Familienwohnung (sofort zu beziehen) billig zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth daselbst.

Friedrichsstraße No. 22. ist die erste Etage von fünf Zimmern und Zubehör nebst Pferdestall und Wagenremise vom 1. April d. J. ab zu vermiethen.

Buchene Felgen
verkauft in Slonowo-Hauland bei Obornik
Kunert.

Ein gutes Schaufenster steht zum Verkauf Büttelstraße No. 19.

# Der billige Verkauf

wird Mittwoch den 14ten und Donnerstag den 15ten mit **wollenen Waaren und Mäntelstoffen** fortgesetzt.

Posen, den 14. Februar 1849.

**Meyer Falk,**
Wilhelmsstraße No. 8.

# Porzelan-Verkauf.

In der unterzeichneten Handlung werden von heute ab
**Porzelanteller zu 1 Rtlr. 10 sgr.**
desgl. **Tassen zu 1 Rtlr. 10 sgr.**
und **1 Rthlr.** pr. Dutz.
verkauft.

**Michaelis M. Misch,**
Markt und Büttelstr.-Ecke No. 45.
Posen, den 14. Februar 1849.

☞ Ausverkauf Markt No. 62. von Stickereien, Handschuhen, Crav.-Tüchern, seidenen Bändern, Tülls, Spitzen, so wie aller anderen Damenputz-Artikel, um schnell zu räumen, bedeutend unter dem Kostenpreise.

Heute empfing ich eine frische Sendung **Brust-Karamellen** gegen **Husten** und **Verschleimung, Pfeffermünzplätzchen** als Präservativ gegen die **Cholera, Wurm-Chocolade** für **Kinder**, und auch **Stücken-Chocolade** aus der rühmlichst bekannten Fabrik von **Franz Schulz** in Berlin, Jüdenstraße. Diese **Artikel** empfiehlt bestens

Ludwig Johann Meyer,
Neuestraße neben der Griechischen Kirche.

# Frischen Astrach. Caviar

erhielt so eben

Gustav Bielefeld,
Markt No. 87.